



Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern

Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern

am 4. September 2016

Wahlanalyse

Endgültiges Ergebnis

Viola Neu

Sabine Pokorny

ANSPRECHPARTNER:

Dr. Viola Neu und Dr. Sabine Pokorny

Team Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

viola.neu@kas.de/sabine.pokorny@kas.de

Nico Lange

Stellv. Hauptabteilungsleiter
Politik und Beratung /
Leiter Team Innenpolitik
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

nico.lange@kas.de

1. Wesentliche Bestimmungsfaktoren der Landtagswahl¹ in Mecklenburg-Vorpommern 2016

Mit Verlusten aller Parteien und Gewinnen der AfD ist das Ergebnis der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ungewöhnlich. Kein Parteityp und kein parteipolitisches Lager konnte sich vor Verlusten bewahren: Von den Volksparteien über Klientelparteien bis hin zur rechtsextremen NPD büßten alle Wähler ein. Von allen Parteien, aber auch in beträchtlichem Umfang ehemalige Nichtwähler, wechselten Wähler zur AfD.

Die Meinung, es sei außergewöhnlich, dass die CDU auf Platz drei gelandet ist, kann hingegen nicht bestätigt werden. In Brandenburg und Bremen lag die CDU in jüngerer Zeit auch hinter zwei anderen Parteien. Dass es sich bei der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern um eine bundespolitische Testwahl gehandelt habe, lässt sich anhand von Umfragedaten nicht bestätigen. In Mecklenburg-Vorpommern sagten 38 Prozent der Bürger, die Politik im Bund sei wichtiger für die Wahlentscheidung als die Politik im Land. Auf die Wahlentscheidung der Anhänger der AfD (60 Prozent) hatte die Bundespolitik hingegen maßgeblichen Einfluss (Forschungsgruppe Wahlen).

Der proportionale Zuwachs der AfD und die damit verbundenen strukturellen Verluste aller Parteien erschweren eine übliche Gewinn- und Verlustanalyse, da die Regeln des normalen Parteienwettbewerbs durch das heterogene Protestwahlverhalten überlagert wurden. Jede Partei hat eine andere Strategie ausprobiert, um die eigene Wählerschaft von einem Wechsel zur AfD abzuhalten. Die SPD setzte auf Kritik an der Flüchtlingspolitik im Bund, die CDU versuchte mit Politik im Bereich Islam (Burkaverbot) zu punkten, die Grünen moralisierten gegenüber „Rechts“,

¹ Wir danken herzlich der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap, die uns vorab die Ergebnisse der Wahltagsbefragung zur Verfügung stellen. Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, dass lediglich die Daten der Institute und nicht deren Interpretation übernommen werden. Daher beziehen sich die Angaben in Klammern auf das die Daten erhebende Institut.

die Linke setzte eher auf unpolitische Emotionen, die FDP konterte mit Witz und Charme und die NPD versuchte, sich als das eigentliche inhaltliche „Original“ zu präsentieren. Alle diese Strategien haben offenbar nicht gefruchtet. Auch der tiefenpsychologische Interpretationswettbewerb um die potentiellen Wahlmotive der AfD-Wähler hat keine Wirkung gezeigt. Ob die AfD-Wähler Phantomschmerz, skurrile Panikattacken, Verdruss, Verunsicherung oder Angst quält – wie in vielen Artikeln gedeutet wurde – man sollte die AfD-Wähler behandeln wie alle anderen auch. Sie haben keine amoralische und verwerfliche Entscheidung getroffen, sondern eine Entscheidung. Sicherlich haben sie andere Bedürfnisse an Politik. Sicherlich ist die Ansprache schwierig, zumal in einem Land, in dem kaum Menschen in Parteien aktiv sind. Dennoch scheint es lohnenswert, nicht über die Menschen zu urteilen, sondern mit ihnen zu reden.

Mit ca. 1,3 Millionen Wahlberechtigten ist Mecklenburg-Vorpommern in der Größenordnung am ehesten mit Hamburg vergleichbar. In Mecklenburg-Vorpommern gab es schon eine Reihe von Regierungskonstellationen. Für Schlagzeilen sorgte die erste rot-rote Koalition von 1998, die bis 2006 andauerte. Seitdem regiert eine Große Koalition das Flächenland.

Im Meinungsklima zeichnen sich zwei Trends ab: Eine im Vergleich zu früheren Wahlen zunehmend optimistische Wahrnehmung der Entwicklung des Landes und damit einhergehend eine positive Bewertung von Politik und Politikern. Gleichzeitig und davon abgekoppelt zeigt sich ein Trend des Verdrusses und des Unmuts, der sich in einer Protestwahl niederschlägt. Die Zweiteilung des Landes ist – wie schon bei den Wahlen in der Vergangenheit – auch regional sichtbar. Dort wo die Strukturschwäche des Landes, vor allem in den östlichen Regionen, nach wie vor sichtbar ist, konnten bereits die NPD und dann die AfD besonders gute Ergebnisse erzielen. Mecklenburg-Vorpommern befindet sich auf einem guten Weg, ist aber dennoch und konstant bei vielen Indikatoren im unteren Teil des

Bundesländerrankings: Die Wirtschaft wächst, allerdings schwächer als in anderen Ländern und so ist auch das Durchschnittseinkommen niedriger als in anderen Ländern. Die Arbeitslosigkeit sinkt, gehört aber bundesweit mit zu der höchsten. Der Anteil der Hartz IV Empfänger sinkt, verharrt jedoch auf einem hohen Niveau. Vermutlich haben diese strukturellen Probleme auf lange Sicht auch dazu geführt, dass selbst die Linke mit den Themen der sozialen Gerechtigkeit nicht durchdringen konnte und gleichermaßen als normale etablierte Partei wahrgenommen wird, wodurch sie ihre Attraktivität für den politischen Protest verloren hat. Doch zeigt sich hier, wie schon so häufig in der Vergangenheit: Wer auf Protest setzt, baut langfristig auf Sand. Gerade jüngst liefert der Aufstieg und Fall der Piratenpartei dafür ein Beispiel.

Die Spaltung des Landes lässt sich nicht nur an strukturellen Merkmalen festmachen: Es gibt sie auch auf der Einstellungsebene. Die Flüchtlingsfrage bzw. übergeordnet die Ausländer- und Zuzugsthematik haben in Mecklenburg-Vorpommern zu einer Kristallisation geführt, wovon letztlich die AfD profitierte. Doch ist die AfD keine wie auch immer geartete Milieupartei mit verfestigter Sozial- und Einstellungsstruktur. Ihre Wähler unterscheiden sich von allen anderen Wählern durch die sehr hohe Sensibilität beim Flüchtlingsthema und darin, dass ihre Wahlentscheidung durch Enttäuschung motiviert ist. Doch fehlt es heute noch an tiefergehenden Analysen der AfD-Anhängerschaft.

Beim **Meinungsklima** im Vorfeld der Wahl fällt insgesamt eine grundsätzlich positive Stimmung auf, die gegenüber der Vorwahl in einer Reihe von Indikatoren gestiegen ist. Noch nie wurde die wirtschaftliche Lage des Landes optimistischer gesehen. Erstmals sagt eine Mehrheit von 56 Prozent, die wirtschaftliche Lage des Flächenlandes sei sehr gut/gut. Es gab Wahlen, da urteilten gerade einmal sieben Prozent der Bürger optimistisch (Infratest dimap). Die Demokratiezufriedenheit liegt bei 55 Prozent. Auch dieser Wert hat im langfristigen Trend den höchsten Stand

erreicht (Infratest dimap). Auch ein anderer, für das Land charakteristischer, Trend hat sich deutlich verändert: Mittlerweile fühlen sich fast zwei Drittel der Bürger als Gewinner. Auch dies ist gegenüber der letzten Landtagswahl ein starker Anstieg, als die Hälfte sich auf der Gewinnerseite einstuft (Infratest dimap).

Die politischen Indikatoren lassen ebenso wenig Rückschlüsse auf eine breite Proteststimmung zu. 61 Prozent sind mit der **Landesregierung** zufrieden (2011: 55 Prozent). Ein im Vergleich mit anderen Bundesländern durchaus guter Wert (Infratest dimap). Auch in der alternativen Messmethode der Forschungsgruppe Wahlen bestätigt sich dieser Befund. Mit 1,8² (SPD) und 1,1 (CDU) schneiden die Koalitionspartner gut ab. Auch für die Zukunft wünscht sich die Mehrheit der Bürger die Fortsetzung der Großen Koalition. 51 Prozent bewerten eine Große Koalition gut. Alle anderen Modelle kommen auf niedrigere Zustimmungswerte. Auch unter den SPD-Anhängern befürworten 71 Prozent die Fortführung des bisherigen Modells.

Bei den **Problemlösungskompetenzen** sind die Veränderungen gegenüber der Vorwahl marginal. Ein Zeichen für einen breiten Protest wäre es, wenn die Anzahl der Nennungen „keine Partei“ ansteigen würde. Dies ist in Mecklenburg-Vorpommern nicht der Fall. Zum Teil geht die Anzahl der Nennungen sogar zurück, wobei davon nicht die AfD profitiert. Die SPD gilt als die Partei, die eine gute Familienpolitik betreibt, für soziale Gerechtigkeit sorgt, eine gute Schul- und Bildungspolitik betreibt, Arbeitsplätze sichert und für angemessene Löhne sorgt. In diesen Politikfeldern liegt sie vor allen Parteien und erhält Nennungen von über 30 Prozent. Die CDU liegt im Bereich der Kriminalität und Verbrechensbekämpfung und der Wirtschaft³ vorne, wobei die SPD auch eine starke Wirtschaftskompetenz aufweist. Der Linken werden im Bereich

² Gemessen anhand einer von +5 bis -5 reichenden Skala.

³ Nach den Daten der Forschungsgruppe mit einem anderen Fragemodell führt die SPD jedoch im Bereich der Wirtschaftspolitik deutlich.

der sozialen Gerechtigkeit, der Bildungs-, Familien-, und Lohnpolitik Kompetenzen zugeschrieben. Die AfD kann auf einem sehr niedrigen Niveau im Bereich der inneren Sicherheit punkten, die Grünen bei der Energiepolitik. Ansonsten weisen Grüne, AfD und FDP keine eigene Kompetenzstruktur auf (Infratest dimap).

Doch hat Mecklenburg-Vorpommern eine eigene Agenda der wichtigsten politischen Probleme, die immer noch von der Situation auf dem Arbeitsmarkt geprägt ist. So nennen 37 Prozent das Thema Arbeitsplätze als wichtigstes Problem. Gegenüber 2011 ist der Rückgang erheblich, als noch 70 Prozent dieses Politikfeld nannten. An Platz zwei befindet sich das Thema Flüchtlinge/Integration. Danach folgen auf niedrigem Niveau Bildung, Wirtschaft und Löhne. Abwanderung spielt keine Rolle mehr. Bei dieser Abfrage zeigt sich, dass die SPD in allen Themenfeldern (außer Kriminalität) einen Kompetenzvorsprung hat. Sie erhält etwa jeweils von einem Drittel der Bürger Kompetenzen zugeschrieben. Die CDU-Kompetenzwerte schwanken zwischen 10 (Interessen der einfachen Bürger) und 27 Prozent (Kriminalität). Die Linke ist am stärksten im Bereich „Interessen der einfachen Bürger“ (23 Prozent). Allerdings hat hier auch die SPD mit 31 Prozent einen Kompetenzvorsprung. Kurzum, je nach politischer Ausrichtung wird den etablierten Parteien Lösungskompetenz attestiert. Auf niedrigem Niveau kann die AfD mit 17 Prozent Nennungen im Feld der Flüchtlingspolitik Kompetenzen verbuchen, doch nennen hier 25 Prozent die SPD, 18 Prozent die CDU und 8 Prozent die Linke. Auch bei der wichtigsten Lösungskompetenz, der sogenannten Zukunftskompetenz, kann die AfD nicht punkten. 32 Prozent sind der Ansicht, die SPD sei in der Lage die zukünftigen Probleme zu lösen, 18 Prozent sehen dies bei der CDU und 8 Prozent nennen die AfD (Forschungsgruppe Wahlen).

Die SPD profitierte bei der Wahl nicht nur von der Führerschaft in der Problemlösungskompetenz und der positiven Wahrnehmung der

Regierung, sondern auch von ihrem **Spitzenkandidaten**. Ministerpräsident Erwin Sselling profitiert von einer hohen Anerkennung, die auch im Vergleich zu anderen Bundesländern ausgesprochen hoch ist. So hätten 67 Prozent Sselling lieber als Ministerpräsidenten. Der Spitzenkandidat der CDU und Innenminister Lorenz Caffier lag mit 18 Prozent mit klarem Abstand dahinter. Die Popularität des Ministerpräsidenten spiegelt sich auch in einem anderen Wert wider. In allen Parteienanhängerschaften kommt er auf positive Werte. 78 Prozent aller Bürger bewerten seine Arbeit positiv. Dies geht quer durch alle Anhängerschaften. Selbst die Anhänger der AfD attestieren zu 57 Prozent, dass er seine Sache (eher) gut gemacht habe. Auch bei den Persönlichkeitswerten kann er punkten. Auch wenn Caffier in der hypothetischen Direktwahlfrage nicht an den Amtsinhaber heranreicht, kommt er bei allen Befragten auf einen Wert von 1,2 und bei den eigenen Anhängern auf 2,8 (Forschungsgruppe Wahlen). 50 Prozent sind zudem mit seiner politischen Arbeit zufrieden. Auch der Spitzenkandidat der Linken kann mit einem Wert von 38 Prozent ein recht hohes Zufriedenheitsniveau für sich reklamieren (Infratest dimap).

Da es bei dieser Wahl eine Vielzahl von Daten gibt, welche die Mentalität der **AfD**-Anhänger beleuchten, werden diese gesondert dargestellt. Der Flüchtlingszuzug hat eine eigene Sorgenagenda hervorgebracht, auf die vor allem die Wähler der AfD fast geschlossen reagieren. Sowohl materiellen als auch kulturellen Veränderungen stehen die AfD-Anhänger sensibel gegenüber. Fast alle AfD-Anhänger sind der Ansicht, dass die Sozialausgaben zu stark steigen würden, der Einfluss des Islams zu stark würde, die Art und Weise des Lebens in Deutschland sich zu stark verändern könne und die Kriminalität ansteigen würde. Aber auch Ängste um das Wohlstandsniveau sind stark verbreitet (Infratest dimap). Dennoch zählen sie sich nicht zu den gesellschaftlichen Verlierern. Insgesamt sagen 21 Prozent, sie seien auf der Verliererseite der gesellschaftlichen Entwicklung. Von den AfD-Anhängern stufen sich 26

Prozent als Verlierer ein (Infratest dimap). Dies spricht dafür, dass potentielle Entwicklungen in Zukunft die AfD-Anhänger stark bewegen.

Neben der Angst vor zukünftigen Entwicklungen ergibt sich noch ein Motivbündel, das einerseits auf Abstiegsängste, andererseits auf eine Verletzung persönlichen Gerechtigkeitsempfindens hinweist. Das Ganze ist gekoppelt mit einer diffusen Stimmungslage. 60 Prozent der AfD-Anhänger sind der Meinung, dass nur die Wenigsten von der Wende profitiert hätten (alle 41 Prozent; Linke 49 Prozent). Gerade einmal ein Drittel der AfD-Anhänger sagt, dass die politischen Verhältnisse heute im Vergleich zur DDR besser seien (alle 54 Prozent). Doch auch die Anhänger der Linken sind hier mit 42 Prozent eher skeptisch. Und in einer weiteren Dimension zeigt sich das Gefühl, ungerecht behandelt worden zu sein. 41 Prozent bejahen die Aussage: „Ich habe in meinem Leben weniger als mir zusteht“ (alle 27 Prozent; Linke 29 Prozent, alle anderen unter 20 Prozent). Noch in einer weiteren Haltung ist eine Nähe zur Anhängerschaft der Linken erkennbar. 53 Prozent aller sagen, die westliche Politik sei gegenüber Russland und Putin zu feindselig eingestellt. Von den AfD-Anhängern und den Anhängern der Linken stimmen 68 bzw. 67 Prozent zu (Forschungsgruppe Wahlen).

Auf der kulturellen Dimension sprechen sich die AfD-Anhänger fast geschlossen für ein generelles Verbot der Vollverschleierung aus (83 Prozent). In der Bevölkerung stimmen 52 Prozent einem generellen und 35 Prozent einem teilweisen Verbot zu (Infratest dimap). 75 Prozent halten den Islam für eine Gefahr für Deutschland (Bevölkerung 50 Prozent; Infratest dimap).

Auf der allgemeinen Politikebene unterscheiden sich die Anhänger der AfD durch Skepsis und Unzufriedenheit. Während insgesamt 44 Prozent mit der Demokratie unzufrieden sind, beträgt der Anteil bei der AfD 76 Prozent. 65 Prozent der AfD-Anhänger sind durch die Verhältnisse eher

beunruhigt (insgesamt 40 Prozent). Während insgesamt 37 Prozent mit der Landesregierung unzufrieden sind, äußern zwei Drittel der AfD-Anhänger Kritik. Doch scheinen selbst die Anhänger der AfD die von ihnen präferierte Partei nicht als Partei für konkrete Problemlösungen zu wählen. In jedem Politikfeld erhält die Partei deutlich weniger Nennungen als ihre Anhängerschaft umfasst.

Insofern ist es nicht verwunderlich, dass 67 Prozent sagen, sie hätten die Partei aus Enttäuschung gewählt (Infratest dimap). Doch sollte man die Frage der Überzeugung und Enttäuschung nicht als alleinigen Indikator bewerten. Gefragt, ob man die AfD hauptsächlich als Denkzettel für andere Parteien oder wegen ihrer politischen Forderungen unterstützt, geben 53 Prozent politische Forderungen und 42 Prozent einen Denkzettel an. Unabhängig von der Problemlösungskompetenz sehen die Anhänger (90 Prozent) die AfD als die einzige Partei an, die die Probleme beim Namen nennt. Die Erwartungen an die Partei sind hingegen gering. Nur 14 Prozent glauben, dass sie bessere Politik gestalten könne, wenn sie mitbestimmen würde. (Forschungsgruppe Wahlen).

Protest und Person sind auch bei dieser Wahl die entscheidenden Faktoren. Zwischen den Parteien waren die Konfliktlinien schwach ausgeprägt. Polarisierung und Wechselstimmung fehlten im Wahlkampf. Einen Kontrapunkt setzte lediglich die AfD, indem sie nach dem Motto „Wir gegen alle anderen“ Wahlkampf betrieb. Trotz einer positiven Leistungsbilanz wie Leistungsbewertung, einem geräuschlosen und skandalfreien Regieren hat die emotionale Spaltung in der Wählerschaft zu Verlusten für alle Parteien geführt. Das führt zu der paradoxen Situation, dass auch der Gewinner Verlierer ist sowie alle Parteien Verlierer sind.

2. Das Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern

Ähnlich wie bei den Landtagswahlen im März 2016 ist die Wahlbeteiligung auch bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern gestiegen. 61,9 Prozent der Wahlberechtigten sind an die Urnen gegangen, das ist ein Plus von 10,3 Prozentpunkten.

Die **SPD** wird mit 30,6 Prozent klar stärkste Kraft. Durch die gesteigerte Wahlbeteiligung verliert die SPD trotz eines absoluten Plus von etwa 4.000 Zweitstimmen 5 Prozentpunkte im Vergleich zu 2011. Sie erzielt 246.395 Zweitstimmen. Die SPD zieht mit 26 Abgeordneten (-1) in den Landtag ein, alles Direktmandate. Die SPD hat 1990, 1994 und 2006 Ergebnisse um die 30 Prozent erreicht. 2002 hat sie mit 40,6 ihr bestes Resultat in Mecklenburg-Vorpommern erzielt.

Die **CDU** erzielt ihr schlechtestes Ergebnis in Mecklenburg-Vorpommern mit 19 Prozent (-4,1 Punkte). Die Union verliert trotz der gestiegenen Wahlbeteiligung absolut fast 4.000 Stimmen und kommt auf 153.115 Zweitstimmen. Sie erhält 16 Mandate (-2), davon 7 Direktmandate. Auch bei anderen Landtagswahlen z.B. in Brandenburg wurde die CDU schon öfter drittstärkste Kraft mit unter 20 Prozent. Die CDU war 1990 und 1994 in Mecklenburg-Vorpommern stärkste Partei. Danach fiel sie hinter die SPD zurück, die seit 1998 bei allen Wahlen auf Platz 1 landete.

Die **Linke** hat mit einem Minus von 5,2 Prozentpunkten am stärksten verloren und fährt mit 13,2 Prozent ihr historisch schlechtestes Ergebnis in Mecklenburg-Vorpommern ein. Absolut verliert die Linke über 19.000 Stimmen und kommt auf 106.256 Zweitstimmen. Sie verliert 3 Mandate und entsendet noch 11 Abgeordnete in den Landtag.

Auch die **Grünen** haben Verluste zu verzeichnen. Sie erzielten 4,8 Prozent (-3,8 Punkte). Die Grünen verlieren 20.000 Wähler und erzielten 38.834

Zweitstimmen. 2011 konnten die Grünen zum ersten Mal in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern einziehen. Nach nur einer Legislaturperiode werden sie nun nicht mehr im Landtag vertreten sein.

Ebenfalls nicht mehr vertreten sein wird die **NPD**, die lediglich 3 Prozent (-2,9 Punkte) erzielt. Nachdem sie 2006 und 2011 den Einzug in den Landtag schaffte, scheitert die NPD nun mit 24.322 Zweitstimmen an der Fünf-Prozent-Hürde. Damit ist die NPD in keinem Landtag mehr vertreten.

Erstmals im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern vertreten sein wird dagegen die **AfD**. Sie erzielt 20,8 Prozent (+20,8 Punkte) und erhält damit 18 Mandate. Die AfD kann im östlichen Landesteil 3 Direktmandate holen. Absolut erreicht die AfD 167.852 Zweitstimmen. Regional zeigt sich eine hohe Übereinstimmung früherer NPD-Hochburgen mit den Hochburgen der AfD. In einigen der Wahlkreise mit dem höchsten Zweitstimmenergebnis der AfD hat die NPD zwar Verluste zu verzeichnen, kommt aber immer noch auf über 5 Prozent (z.B. Vorpommern-Greifswald I, III, IV und V).

Die **FDP** kann minimal hinzugewinnen, verfehlt mit 3 Prozent (+0,3 Punkte) aber immer noch deutlich die Fünf-Prozent-Hürde. Bisher hat die FDP es nur zweimal geschafft, in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern einzuziehen, 1990 und 2006.

Die **sonstigen Parteien** erzielen insgesamt 5,6 Prozent der Stimmen. Außer der Tierschutzpartei (1,2 Prozent) liegen alle sonstigen Parteien bei weniger als einem Prozent.

Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern hat schon verschiedenste Koalitionen hervorgebracht. 1990 gab es eine Koalition aus CDU und FDP, gefolgt von einer Großen Koalition 1994. 1998 war Mecklenburg-Vorpommern das erste Bundesland mit einer rot-roten Regierung aus SPD

und damals PDS. Diese Koalition wurde 2002 fortgesetzt. Seit 2006 regiert erneut eine Große Koalition aus SPD und CDU. Das aktuelle Ergebnis legt zumindest nahe, dass diese Koalition auch weiterhin regieren könnte.

3. Wählerwanderungsbilanz⁴ und das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Mecklenburg-Vorpommern 2016

Durch die gesteigerte Wahlbeteiligung verzeichnen fast alle Parteien Zugewinne aus dem Lager der Nichtwähler. Lediglich die Grünen können aus dem Nichtwählerlager keine neuen Wähler mobilisieren. In der Summe profitieren die Parteien jedoch nicht zwingend von den Zuströmen aus dem Lager ehemaliger Nichtwähler.

Die **SPD** kann trotz der prozentualen Verluste 19.000 Nichtwähler für sich gewinnen. Zudem wechseln 10.000 ehemalige Wähler der Grünen zur SPD. Kleinere Zugewinne verzeichnet die SPD von der Linken (3.000) und von der NPD (2.000). Die meisten Wähler verliert die SPD an die AfD. 15.000 Wähler wechseln von den Sozialdemokraten zur AfD. Zusätzlich verliert die SPD 3.000 Wähler an sonstige Parteien und 1.000 Wähler an die CDU.

Die **CDU** kann mit 21.000 Stimmen mehr frühere Nichtwähler mobilisieren als die SPD. Darüber hinaus gewinnt die CDU jedoch nur je 1.000 Wähler von SPD und Grünen. Stattdessen verliert die CDU 22.000 Wähler an die AfD. An sonstige Parteien (-3.000) und an die NPD (-1.000) verliert die Union hingegen nur wenige Wähler. Damit gelingt es der CDU fast, die Verluste an die AfD durch Gewinne bei den ehemaligen Nichtwählern auszugleichen. In der Summe der Wählerströme sind die Verluste jedoch höher als die Zugewinne.

⁴ Infratest dimap

Die **Linke** gewinnt ebenfalls aus dem Nichtwählerlager, allerdings nur 9.000 Stimmen. Zusätzlich wandern 1.000 Wähler von den Grünen zur Linken. Die größten Verluste verzeichnet die Linke – wie auch schon SPD und CDU – an die AfD. 16.000 Wähler wechseln von der Linken zur AfD. Des Weiteren sind 4.000 Wähler von der Linken zu sonstigen Parteien, 3.000 zur SPD und 1.000 zur NPD gewandert.

Wie schon erwähnt, können die **Grünen** als einzige Partei keine zusätzlichen Nichtwähler für sich gewinnen. Die Grünen haben in allen Lagern Verluste zu verzeichnen. Am stärksten verlieren die Grünen an die SPD. 10.000 Wähler wechseln von den Grünen zu den Sozialdemokraten. Zudem verlieren die Grünen 4.000 Wähler an sonstige Parteien, 3.000 Wähler an die AfD und jeweils 1.000 Wähler an CDU und Linke.

Die **NPD** gewinnt 6.000 Stimmen aus dem Nichtwählerlager. Das reicht jedoch bei Weitem nicht aus, um die hohen Verluste von 20.000 Wählern an die AfD auszugleichen. Zudem verliert die NPD 2.000 Wähler an die SPD. Von CDU und Linken kann die NPD nur jeweils 1.000 Wähler hinzugewinnen.

Die **AfD** gewinnt von allen Parteien Wähler hinzu sowie aus dem Nichtwählerlager. Von ehemaligen Nichtwählern ist der Zustrom am größten. 55.000 frühere Nichtwähler wählen nun die AfD. Von den Parteien kann die AfD absolut am meisten Wähler von den sonstigen Parteien (22.000), der CDU (22.000) und der NPD (20.000) gewinnen. Aber auch von den Linken (16.000) und der SPD (15.000) wandert eine beträchtliche Zahl an Wählern zur AfD. Lediglich von den Grünen kann die AfD nur 3.000 Wähler rekrutieren.

Das Wahlverhalten in den sozialen Gruppen zeigt vor allem bei den Differenzen zur Landtagswahl 2011 einige Besonderheiten. Die Linke hat

überdurchschnittlich stark in der Gruppe der 45- bis 59-Jährigen verloren. Die NPD dagegen hat vor allem bei jüngeren Wählern an Stimmen eingebüßt. Die AfD schneidet in den mittleren Altersgruppen überdurchschnittlich gut ab. Zudem ist die AfD bei Männern (25 Prozent) stärker als bei Frauen (16 Prozent; Infratest dimap und Forschungsgruppe Wahlen).

Die SPD verzeichnet mit etwa 10 Punkten überdurchschnittlich starke Verluste bei den Arbeitern. Auch die Linke büßt in dieser Gruppe stark ein (-7 Punkte). Die AfD kann bei Arbeitern dagegen ein überdurchschnittliches Ergebnis erzielen (27 Prozent). CDU und Grüne verlieren überdurchschnittlich bei den Selbständigen (Forschungsgruppe Wahlen).

Auch bei den Arbeitslosen liegen die Verluste der SPD mit 12 Prozentpunkten deutlich über dem durchschnittlichen Verlust. Ähnlich verhält es sich bei der Linken, die bei Arbeitslosen 9 Punkte einbüßt. In dieser Gruppe kann wiederum die AfD punkten. 26 Prozent der Arbeitslosen haben die AfD gewählt (Forschungsgruppe Wahlen).

Beim Wahlverhalten nach Bildung zeigen sich nur wenige Auffälligkeiten. Die SPD hat unter Wählern mit niedriger formaler Bildung deutlich verloren, während die AfD bei Wählern mit niedriger und mittlerer Bildung besonders gut abschneidet (Forschungsgruppe Wahlen, Infratest dimap).